

II-2255 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 20. März 1973

No. 1136/J

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Bauer, DDr. König  
und Genossen  
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst  
betrifft Schulversuche

Angehörige des Dienststellenausschusses am Bundesgymnasium Wien 13, Fichtnergasse 15 haben den gefertigten Abgeordneten die Abschrift einer Eingabe an den Zentralkomitee für Bundeslehrer an AHS beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst übermittelt, in der es u. a. heißt:

- "1. Das BG Wien 13, Fichtnergasse 15 ist seit dem Umbau für 500 Schüler kommissioniert. Derzeit beherbergt die Anstalt rund 800 Schüler, d.h. sie ist mit 50 % überbelegt; ein baupolizeilich sicher interessanter Umstand.
2. Seit Jahren verspricht man dem Lehrkörper eine Entlastung durch die Errichtung einer AHS in Liesing. Diese Schule wird nun beziehbar sein, jedoch erfolgt die Vorfinanzierung durch die Gemeinde Wien mit der Auflage, daß hier eine Gesamtschule errichtet werde. Hinsichtlich der Oberstufen gibt es noch keine klaren Vorstellungen.
3. In einer Versammlung von rund 500 Eltern protestierten diese in Gegenwart des Herrn LSI Dr. Sretenovic massiv gegen die Methoden der Wiener Schulverwaltung, die die Eltern zwingen will, ihre Kinder entweder in eine Gesamtschule zu schicken oder überhaupt - infolge Platzmangels - vom weiteren Studium auszuschließen. Es wurde verlangt, neben dem Schulversuch eine normale AHS zu führen. LSI Dr. Sretenovic erklärte, zu solchen Verhandlungen nicht ermächtigt zu sein.

4. Nun treffen Eltern in Scharen am BG 13 ein und verlangen kategorisch die Aufnahme ihrer Kinder. Da kein Platz vorhanden ist, der Lehrkörper bis an die Grenzen des Möglichen mit Arbeit belastet ist und die Klassen über je 36 Schüler hinaus weder erweitert werden können noch dürfen, mußten von 33 Bewerbern immer noch 17 abgewiesen werden; nicht gerechnet die Zahl der Eltern, die von vornherein resignierten.

Jeden aufrechten Demokraten, jeden verantwortungsbewußten Pädagogen muß Empörung ergreifen, mit welcher Kaltblütigkeit die Handlungsfreiheit der Steuerzahler ignoriert, den Eltern der "freiwillige" Schulversuch aufgezwungen, der Lehrerschaft die Möglichkeit einer fühlbaren Entlastung verwehrt wird."

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Unterricht und Kunst die

An f r a g e :

1.) Entsprechen die oben angeführten Behauptungen des Dienststellenausschusses des BG Wien 13, Fichtnergasse 15 den Tatsachen?

Wenn ja,

2.) Was, Herr Minister, gedenken Sie zu tun, um diesem Übelstand abzuhelfen?

3.) Warum zwingt man über den Umweg der Schulraumnot Eltern, ihre Kinder für einen angeblich freiwilligen Schulversuch zur Verfügung zu stellen?